

Bildungsagenda NS-Unrecht schlägt neues Kapitel in der historisch-politischen Bildung auf

Berlin, 25. Januar 2022

- **Bundeshorhaben für lebendiges Erinnern und gegen Ausgrenzung**
- **MEMO-Jugendstudie: Jugendliche finden weitere Auseinandersetzung mit NS-Unrecht wichtig**

Berlin - Mit der Bildungsagenda NS-Unrecht starten das **Bundesministerium der Finanzen** und die **Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) gemeinsam** ein neues Förderprogramm. Gefördert werden ausgewählte Projekte für geschichtsbewusstes, lebendiges Erinnern an die nationalsozialistische Verfolgung und gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Details stellten die beiden Institutionen heute in Berlin vor.

Das Bundesministerium der Finanzen finanziert die Bildungsagenda NS-Unrecht im Rahmen seiner Ressortzuständigkeit für die Folgeaufgaben der Wiedergutmachung. Die Stiftung EVZ als anerkannte Bundesstiftung im Bereich des Engagements für Überlebende, Menschenrechtsbildung und Auseinandersetzung mit der Geschichte konzipiert das Vorhaben und setzt es um. Nach dem Start einer Pilotphase im Jahr 2021 werden derzeit 17 bundesweite und europäische Projekte mit einem Fördervolumen von bis zu 9 Millionen Euro gefördert. Für 2022 ist eine weitere Förderphase geplant mit neuen Ausschreibungen in den Schwerpunkten Europa, Transfer, Kultur und Digitales.

Prof. Dr. Luise Hölscher, Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen, betonte: „Deutschland hat sich nach dem Ende des 2. Weltkriegs stets klar zu seiner historischen Verantwortung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung bekannt. Wiedergutmachung wird in diesem Sinne nicht enden. Unsere moralische Verantwortung muss insbesondere den jüngeren Generationen nachhaltig vermittelt werden. Hier setzt auch die Bildungsagenda an, mit der wir die Erinnerung an die NS-Verfolgung wachhalten und Wissenslücken zum NS-Unrecht und zum Prozess seiner politischen Aufarbeitung schließen wollen.“

Die Pilotprojekte der Bildungsagenda NS-Unrecht zeigen bereits jetzt, wie dieses Förderprogramm neue Wege und Ansätze in der Bildungsarbeit zur NS-Verfolgung geht und auch an bisher weniger bekannte Gruppen von NS-Verfolgten erinnert. So rückt die Kreisau-Initiative mit einem europäischen Recherche- und Bildungsprojekt das Schicksal verschleppter Kinder während der NS-Zeit wieder mehr ins öffentliche Bewusstsein. Die Münchner Kammerspiele erforschen die Schicksale der verfolgten Mitarbeiter:innen ihres Theaters. Innovatives Lernen steht ebenso im Fokus: Drei Frankfurter Gedächtnisinstitutionen erstellen eine digitale Erinnerungsplattform zu „Frankfurt und der NS“. Die Bildungsstätte Anne Frank schafft Lernangebote für Mitarbeiter:innen in der öffentlichen Verwaltung zum Umgang mit Antisemitismus und Rassismus.

Dazu **Annette Schavan, Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft:** „Wir müssen mit unserer Arbeit die Gesellschaft stark und wach machen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die Ansätze der Bildungsagenda NS-Unrecht sind hierfür ein gutes Mittel, denn sie helfen gegen erstarkende Angriffe auf Menschenwürde und Demokratie.“

MEMO-Jugendstudie zeigt, wie notwendig lebendiges und aktives Erinnern für Jugendliche ist

Wie wichtig diese erinnerungskulturelle Arbeit ist, deuten die heute ebenfalls von der Stiftung EVZ vorgelegten ersten Ergebnisse der MEMO-Jugendstudie an. Die Studie wird vom **Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld durchgeführt und von der Stiftung EVZ aus ihren Stiftungsmitteln gefördert.**

In den Ergebnissen zeigt sich unter jungen Menschen zwischen 16 und 25 Jahren ein hohes Interesse an einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Über drei Viertel der Befragten (76,5 %), und damit mehr als in der deutschen Allgemeinbevölkerung, finden es sinnvoll, sich auch heute noch mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen. Gleichzeitig gibt fast die Hälfte der Befragten (48,5 %) an, dass sie sich bisher „eher wenig“ oder „überhaupt nicht“ mit Bezügen zur NS-Zeit in der eigenen Familiengeschichte befasst hat. Entsprechend können viele der Befragten die Rolle ihrer Vorfahren bei den Verbrechen des Nationalsozialismus nicht einordnen.

Hieraus folgt das Bedürfnis nach Lernangeboten und der Einordnung historischen Wissens bei der Wahrnehmung aktueller Themen. Denn viele der Befragten sorgen sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland (62,2 %). Sie erleben das Ausmaß, in dem Menschen in unserer heutigen Gesellschaft diskriminiert und ausgegrenzt werden, als besorgniserregend (59,6 %). Unmittelbare Vergleiche von Grundrechtseinschränkungen während der Corona-Pandemie mit der Diktatur des NS lehnen mit 67,2 % die meisten Befragten ab. Jedoch empfindet jede:r fünfte befragte Jugendliche (22,6 %) derartige Vergleiche als berechtigt oder grenzt sich nicht eindeutig von ihnen ab. Hier ist eine weitere Sensibilisierung junger Menschen für geschichtsrevisionistische Perspektiven nötig.

„Die MEMO-Jugendstudie bringt die Empirie, die Bildungsagenda die Ansätze, wie wir junge Menschen zu Träger:innen der Erinnerungskultur machen“, **sagt Dr. Andrea Despot, Vorstandsvorsitzende der Stiftung EVZ.** Aus diesen Erkenntnissen der aktuellen Entwicklungen und Umbrüche in der Erinnerungskultur hat die Stiftung EVZ ihre programmatischen Ansätze für die Bildungsagenda NS-Unrecht entwickelt. „Neben den Jugendlichen nehmen wir dabei weitere Zielgruppen in den Blick, seien es Kulturschaffende oder spezifische Berufsgruppen. Denn unsere Beschäftigung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten sollte nicht mit dem Schulabschluss enden. In jedem Lebensalter, jeder Lebensphase können wir zu einer toleranten und diversen Gesellschaft beitragen.“

Weitere Informationen unter www.stiftung-evz.de/pressemappe-bildungsagenda

- Bildungsagenda NS-Unrecht: Porträts aller Projekte und Informationen zu den Förderschwerpunkten
- MEMO-Jugendstudie: Kurzpapier und Pressegrafiken zum Download

Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ)

Auftrag der Stiftung EVZ ist es, die Erinnerung an das Unrecht der nationalsozialistischen Verfolgung lebendig zu halten, die daraus erwachsende Verantwortung im Hier und Heute anzunehmen und die Zukunft aktiv zu gestalten. Zentrales Motiv der Stiftungsgründung im Jahr 2000 war die Auszahlung humanitärer Ausgleichsleistungen an ehemalige Zwangsarbeiter:innen des NS-Regimes – ein Meilenstein der deutschen Aufarbeitung. Heute fördert die Stiftung über ihre Handlungsfelder Bilden und Handeln Projekte, die den Überlebenden nationalsozialistischer Verfolgung, der Völkerverständigung und der Stärkung von Menschenrechten dienen.

Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Das Bundesministerium der Finanzen ist seit knapp 70 Jahren für die Wiedergutmachung, die Entschädigung von NS-Unrecht, zuständig. Dies umfasst zunehmend auch die Folgeaufgaben der Wiedergutmachung für eine Zeit ohne Zeitzeugen. In Kooperation mit der Conference on Jewish Material Claims Against Germany (JCC) sollen Projekte im Bereich der so genannten Holocaust Education durchgeführt werden, außerdem soll das gesamte Dokumentenerbe der Akten aus der Wiedergutmachung digital in einem Themenportal zugänglich gemacht werden. Um das Wissen über und die Erinnerung an das NS-Unrecht und der Opfer der NS-Verfolgung wachzuhalten und zeitgemäß zu vermitteln, initiierte und finanziert das BMF daher auch die Bildungsagenda NS-Unrecht.

MEMO-Jugendstudie

Die MEMO-Jugendstudie wird vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld im Rahmen des MEMO-Projekts durchgeführt und von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) aus ihren Stiftungsmitteln gefördert. Die Studie knüpft an die MEMO-Studien 2018-2021 zu Dimensionen der Erinnerungskultur in Deutschland an. Befragt wurden 3.485 repräsentativ ausgewählte junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren im Spätsommer 2021. Eine zweite Befragung im Spätsommer 2022 wird potenzielle Einstellungsänderungen empirisch abbilden. Vorgelegt wird die Gesamtstudie im Frühjahr 2023.

Pressekontakt

Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ)

Katrin Kowark
Friedrichstraße 200
10117 Berlin
T +49 (0)30 25 92 97-24
M +49 (0)151 500 470 64
kowark@stiftung-evz.de